

## Nicht behandelte Parodontitis mit Folgen

Zahnarzt muss 6.500 Euro zahlen. Von Rechtsanwalt Christian Koch, Unna.

**DORTMUND** – Mit Vergleich (Landgericht Dortmund, Vergleich vom 9.10.2017, AZ: 4 O 348/14) hat sich ein Zahnarzt verpflichtet, an meine Mandantin 6.500 Euro und die vorgerichtlichen Anwaltskosten (2,0-Geschäftsgebühr) zu zahlen.

### Der Fall

Die 1960 geborene Mandantin stellte sich 2012 bei ihrem Zahnarzt zur prothetischen Versorgung ihres Ober- und Unterkiefers vor. Anfang Januar 2013 entfernte der Zahnarzt die Brücke 17 bis 15 und beschliff die Zähne 17, 15 und 26 für die Aufnahme von Kronen. Am 23.1.2013 setzte er die prothetische Versorgung endgültig ein. Wegen akuter Schmerzen an den prothetischen Arbeiten wechselte die Mandantin den Zahnarzt. Die Nachfolgezahnärztin stellte eine chronische Parodontitis fest und behandelte über mehrere Monate lang das Zahnfleisch. Erst nach monatelanger Parodontitisbehandlung wurde ein neuer Zahnersatz eingegliedert.

### Das Gutachten

Der gerichtliche Sachverständige hatte festgestellt: Es sei fehlerhaft gewesen, vor der prothetischen Versorgung keine Grunduntersuchung des Zahnhalteapparates auf eine chronische Parodontitis vorgenommen zu haben. Eine zumindest orientierende

Messung der Zahnfleischtaschentiefen, die Blutungsneigung des Gewebes nach Sondierung als Zeichen einer aktiven Entzündung, die Beurteilung freiliegender Wurzeloberflächen, die Beteiligung der



Wurzelteilungsstellen sowie die Ablagerung bakterieller Belege ober- und unterhalb des Zahnfleischrandes seien nicht dokumentiert.

Bereits bei der ersten Untersuchung könne anhand des weiteren Krankheitsverlaufs und der Röntgenaufnahmen festgestellt werden, dass eine chronische Parodontitis vorgelegen habe. Diese habe zu einer erheblichen Destruktion des Zahnbettes an den Zähnen 15 und 17 geführt. Es sei deshalb eine Parodontaltherapie vor der prothetischen Neuversorgung sowie eine Reevaluation nach etwa sechs Monaten vor der prothetischen Neuversorgung zwingend notwendig gewesen.

Die Kronenränder an den Zähnen 15, 17 und 27 stünden massiv über, was sich aus den Röntgenaufnahmen eindeutig ergäbe. Es sei nicht

mehr nachvollziehbar und verständlich, dass eine neue prothetische Versorgung durchgeführt worden sei, ohne dass eine Behandlung der fortgeschrittenen chronischen

Parodontitis – insbesondere an den zu überkronenden Zähnen – durchgeführt worden wäre. Dies sei ein eindeutiger Verstoß gegen die anerkannten Regeln der zahnärztlichen Kunst.

### Der Vergleich

Für die Schmerzen, die auch während der Nachbehandlung auftraten (allerdings teilweise auf die Grunderkrankung zurückzuführen waren), weitere materielle Kosten für Zuzahlungen für ein Implantat in Regio 17, hat das Gericht einen Betrag in Höhe von 6.500 Euro zur Vermeidung einer weiteren umfangreichen Beweisaufnahme vorgeschlagen. [DT](#)



### Kontakt

RA Christian Koch

Massener Straße 52  
59423 Unna  
Deutschland  
Tel.: +49 2303 9830-811  
info@anwalt-christian-koch.de  
www.anwalt-christian-koch.de

## Praxissterben auf dem Land entgegenwirken

Zahnärzte fordern Politik zum Handeln auf!



**LÜBBECKE** – „Die Untätigkeit der Politik ist eine der Hauptursachen für das Praxissterben auf dem Land“, sagt Zahnarzt Joachim Hoffmann, Landesvorsitzender des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte in Westfalen-Lippe (FVDZ-WL).

„Es kann nicht sein, dass die Kollegen enorm viel Energie investieren, regelmäßig Arbeitstage mit zwölf Stunden haben und dann bei bereits hohem finanziellem Aufwand für ihr Engagement auch noch durch Honorarabzüge bestraft werden“, ärgert sich der Zahnarzt aus

Kirchhundem im Sauerland. Grund für seinen und den Ärger seiner Kollegen sind die Honorarobergrenzen (Budgets) und eine Degression, die lange Arbeitstage durch Honorarabzüge bestraft und somit unattraktiv machen. Dies gehe eindeutig zu Lasten der Patientenversorgung.

„Wenn die Politik die Versorgung auf dem Land auch in Zukunft aufrechterhalten möchte, dann muss sie auch dafür sorgen, dass ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen“, fordert Joachim Hoffmann. „Die politischen Ent-

scheidungsträger müssen die private Gebührenordnung nach 30 Jahren endlich einer Preisanpassung unterziehen und Bestrafungsmechanismen für engagiertes Arbeiten ersatzlos aus dem Sozialgesetzbuch streichen“, forderte Joachim Hoffmann anlässlich der Kammerversammlung der Zahnärztekammer Westfalen-Lippe in Dortmund. [DT](#)

Quelle:  
Freier Verband Deutscher Zahnärzte  
Westfalen-Lippe

# [dentisratio]

Der Wert Ihrer Arbeit

Unser erfahrenes  
[dentisratio]-Team

erstellt für Ihre Praxis alle  
Heil- und Kostenpläne,

die zahnärztliche  
Abrechnung [GOZ/BEMA]

sowie die Korrespondenz  
mit Versicherungen und  
Erstattungsstellen.

Wir unterbreiten Ihnen gern  
ein Festpreisangebot.

## [dentisratio]

Abrechnungs- und Verwaltungsdienstleistungen  
für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde

dentisratio GmbH  
Großbeerenstr. 179  
14482 Potsdam

Tel. 0331 979 216 0  
Fax 0331 979 216 69

info@dentisratio.de  
www.dentisratio.de